

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimaneutralitaet-warum-der-stahlbranche-die-klimaneutrale-umstellung-so-schwerfaellt/100136244.html>



Klimaneutralität

Warum der Stahlbranche die klimaneutrale Umstellung so schwerfällt „Die Entscheidung von Arcelor-Mittal ist ein Weckruf.“

Nach der Absage von Arcelor-Mittal kritisieren Konkurrenten und Verbände die Rahmenbedingungen vor allem der EU. Unternehmen fordern, Hürden für die Wasserstoff-Produktion zu beseitigen. [Klaus Stratmann](#)

20.06.2025 - 19:12 Uhr



Stahlproduktion bei Thyssen-Krupp in Duisburg:

Berlin. Der Stahlhersteller [Arcelor-Mittal](#) hat mit seiner Entscheidung, doch keine wasserstoffbasierte Stahlproduktion aufzubauen, eine Debatte über die klimaverträgliche Transformation der Branche ausgelöst. Dabei gerät die Politik in den Fokus. „Die Entscheidung von Arcelor-Mittal ist ein Weckruf“, sagte Stefan Dohler, Präsident des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), dem Handelsblatt. Es müsse jetzt darum gehen, Regulierungshürden umgehend aus dem Weg zu räumen.

Arcelor-Mittal hatte am Donnerstag angekündigt, man werde das Projekt einer klimaneutralen Stahlproduktion auf der Basis von [Wasserstoff](#) an den Standorten Bremen und Eisenhüttenstadt nicht weiter verfolgen. Das Unternehmen verzichtet damit auf Fördermittel von Bund und Land in

Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Die Gesamtinvestitionen hätten sich auf rund 2,5 Milliarden Euro belaufen.

Die Entscheidung ist ein schwerer Rückschlag für das Ziel der Politik, in [Deutschland](#) eine Wasserstoff-Wertschöpfungskette aufzubauen. Arcelor-Mittal war als einer der Ankerkunden für klimaneutralen Wasserstoff vorgesehen.

Die Stahlhersteller [Thyssen-Krupp](#) - Steel, [Salzgitter](#) und Saar-Stahl, die ähnliche Projekte zur klimaneutralen Stahlproduktion verfolgen wie Arcelor-Mittal, betonten am Freitag dagegen unisono, sie hielten an ihren Vorhaben fest.

» Lesen Sie auch: [Rückschlag für Wasserstoff-Hochlauf - Stahlhersteller sagt Milliarden-Projekt ab](#)

Arcelor-Mittal nannte als Hauptgrund für seine Entscheidung, es sei ungewiss, ob der erforderliche Wasserstoff rechtzeitig und zu akzeptablen Preisen zur Verfügung stehe. Außerdem kritisierte das Unternehmen das hohe Strompreisniveau in Deutschland. Weitere Gründe für die Absage waren nach Angaben des Unternehmens die Unsicherheiten, die sich aus den [US-Strafzöllen](#) ergeben, sowie der aus Sicht von Arcelor-Mittal [unzureichende Schutz vor Billig-Stahlimporten](#).

EU-Regulierung seit Jahren in der Kritik

Verbandschef Dohler sagte, die Kosten für die Herstellung von grünem Wasserstoff müssten runter. „Die Vorschläge, was zu tun ist, liegen seit Jahren auf dem Tisch. Die neue Bundesregierung muss sich umgehend dafür einsetzen, dass die EU-Regulierung stark vereinfacht wird“, sagte er. „Daraus ergeben sich massive Potenziale für eine Kostenreduktion“, ergänzte Dohler.

Dohler ist im Hauptberuf Chef des Energieversorgers EWE mit Sitz in Oldenburg. EWE ist direkt von der Entscheidung von Arcelor-Mittal betroffen: „Wir wollten einen 50-Megawatt-Elektrolyseur auf dem Werksgelände von Arcelor-Mittal in Bremen bauen. Doch das erscheint jetzt nicht mehr sinnvoll, wir werden daher keine Investitionsentscheidung für den Elektrolyseur treffen“, sagte der EWE-Chef.

In Elektrolyseuren wird Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff getrennt. Wenn der für die Elektrolyse eingesetzte Strom aus erneuerbaren Quellen stammt, ist der Wasserstoff klimaneutral, er wird dann „grüner Wasserstoff“ genannt.

Hohe Strompreise sind ein Problem

Anmerkung von H2abersicher:

Seit Jahren kritisieren Hersteller von grünem Wasserstoff die [EU-Regulierung](#): und die von ihr aufgebauten ideologischen bürokratischen Hürden:

Sie schreibt vor, dass der [Strom für die Elektrolyse nur aus zusätzlichen Erneuerbaren-Anlagen](#) stammen darf. Dadurch wird die Strombeschaffung kompliziert und teuer.

Darüber hinaus muss die Erzeugung des Wasserstoffs im engen zeitlichen Zusammenhang mit der Stromproduktion von Solar- oder Windanlagen stehen. [Das heißt, dass die Wasserstoffherstellung nur betrieben werden darf, wenn der Wind weht oder die Sonne scheint.](#) Das drückt allerdings die Auslastung der Anlagen.

Das würde bedeuten, dass der Wasserstoff für Dillingen und Völklingen aufgrund der EU-Auflagen nur mit Wind- und/oder Sonnenenergie hergestellt werden darf. Und das bedeutet: Es müssen große Tanklager für den hergestellten Wasserstoff aufgebaut und betrieben werden.

Eine Konsequenz daraus könnte sein, dass die Saarrhütten sich eigene Elektrolyseure aufs Werksgelände stellen. Es gibt Indizien, die auf eine solche Lösung hindeuten.

Außerdem appellierte Dohler an die Bundesregierung, für sinkende Strompreise zu sorgen. „Die Bundesregierung sollte auch hier ihre Hausaufgaben erledigen, und sie sollte sie sehr schnell erledigen.“

Nach Überzeugung Dohlers wären grüne Leitmärkte „eine enorme Hilfe, um Nachfrage für klimaneutralen Stahl zu erzeugen“. Die entsprechenden Konzepte existierten seit Langem. Die Bundesregierung müsse sie rasch umsetzen.

Das sieht auch Michael Kellner, energiepolitischer Sprecher der Grünen, so: „Der Staat steckt Milliarden in Infrastruktur, dabei ist entscheidend, dass beim Bau von Schienen und Brücken grüner Stahl verwendet wird“, sagte er dem Handelsblatt. Das schütze das Klima und sichere Industriearbeitsplätze.

Der damalige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte in der vergangenen Legislaturperiode ein Konzept für grüne Leitmärkte vorgelegt. Die Idee dahinter: Über die öffentliche Beschaffung und über Quotenregelungen wird grüner Stahl zum neuen Standard.

Folgen für das Wasserstoff-Netz sind überschaubar

Aus Sicht von Dohler kann die Umstellung auf Wasserstoff trotz aller Probleme gelingen: „Ich warne davor, jetzt den Abgesang auf den Hochlauf der Wasserstoff-Wertschöpfungskette anzustimmen“, sagt er. „Es geht darum, wettbewerbsfähige Strukturen zu schaffen und Unsicherheiten aus dem Markt zu nehmen. Wenn das gelingt, funktioniert der Wasserstoff-Hochlauf.“

Die Bundesnetzagentur trat Spekulationen entgegen, der Wegfall der Wasserstoff-Nachfrage für die Projekte von Arcelor-Mittal könne sich negativ auf das geplante Wasserstoff-Leitungsnetz auswirken. An die Leitungen des Kernnetzes würden „grundsätzlich mehrere Kunden angebunden, sodass der Entfall eines Kunden nicht zwangsweise zum Wegfall von Leitungsvorhaben führt“, sagte ein Sprecher der Behörde. Die Entscheidung sei zwar bedauerlich, sie habe aber keine tiefgreifende Wirkung auf die Ausgestaltung des Leitungsnetzes.

Ähnlich äußerte sich Barbara Fischer, Geschäftsführerin des Branchenverbands der Gasfernleitungsbetreiber (FNB Gas), deren Mitglieder das Wasserstoff-Kernnetz bauen: „Ankerkunden sind wichtig, aber wir bauen das Netz nicht nur für diese Abnehmer, daher spielen unternehmensindividuelle Entscheidungen hier erst mal keine tragende Rolle“, sagte sie.

Das Wasserstoff-Kernnetz soll die Produktions- und Verbrauchsschwerpunkte für Wasserstoff in Deutschland miteinander verknüpfen. Es gilt als wesentliche Grundlage für das Entstehen eines Wasserstoffmarkts.

Die anderen Hersteller bleiben bei ihren Plänen, warnen aber vor Risiken

Bei [Thyssen-Krupp](#) Steel hieß es am Freitag, man halte an den Plänen für den Bau einer wasserstoffbasierten Anlage für die Stahlproduktion fest. Gleichwohl räumte ein Sprecher ein, man bewege sich mit dem Projekt „an der Grenze der Wirtschaftlichkeit“.

Auch die Salzgitter AG will die Transformationsprojekte fortsetzen. Das Unternehmen teilte mit, die Entscheidung von Arcelor-Mittal, „aufgrund der zu hohen Strompreise sowie der noch unklaren Wasserstoffversorgung ihre Transformation zu bremsen, ist ein deutliches Signal dafür, dass die Rahmenbedingungen für Transformationsprojekte verbessert werden müssen“.

Beim Stahl-Verband Saar hieß es, man werde den eingeschlagenen Weg weitergehen. Es sei aber erforderlich, „dass die [EU](#) kurzfristig handelt und etwas gegen Billigstahl unternimmt, der in Massen auf den europäischen Markt drängt und aus Ländern kommt, die keine vergleichbaren Klimaschutzmaßnahmen ergriffen haben“.

Mehr: [Industrie und Energiewirtschaft warnen vor Scheitern des Wasserstoffhochlaufs](#)